

Geht Jugoslawien einen neuen Weg?

In den letzten Jahren wurde viel über die politischen Konsequenzen der titoistischen Abweichung von der stalinistischen Linie diskutiert. Die Ansichten darüber gehen weit auseinander. Die einen behaupten, daß das heutige Jugoslawien eine naturgetreue Nachahmung des russischen Systems darstelle, nur mit dem Unterschiede, daß Tito nicht die zweite Stelle hinter Stalin einnehmen wollte. Andere sind der Meinung, daß Jugoslawien sich an den amerikanischen Kapitalismus verkauft habe. Beide Ansichten sind falsch. Jugoslawien geht einen ganz neuen Weg. Es dürfte deshalb von Interesse sein, sich einige der dortigen wirtschafts- und sozialpolitischen Experimente genauer anzusehen.

Drei Punkte verdienen besondere Aufmerksamkeit: 1. Die Jugoslawen haben gezeigt, daß es möglich ist, die Arbeiter aktiv an der Leitung der Industrie zu beteiligen. Man kann ihr Interesse an den Resultaten ihrer Arbeit wecken und festigen, indem man den Arbeitern die Unternehmen überträgt. 2. Sie haben Planung und Konkurrenz miteinander verbunden und so bewiesen, daß Wettbewerb mit einer sozialistischen Wirtschaft vereinbar ist. 3. Sie entdeckten die fast vergessene Wahrheit, daß Planung keineswegs zur Diktatur führen muß.

Die Arbeiter leiten ihre eigenen Betriebe

Wenn wir von Nationalisierung sprechen, dann denken wir an die Übernahme der Industrie durch den Staat. Es sollte klar sein, daß dieser Schritt nur einen Wechsel im Eigentum der Fabriken und Bergwerke darstellt. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Betriebsleitung wird dadurch kaum berührt. In einigen Ländern, wo die Nationalisierung beträchtliche Fortschritte machte, hat man in der Zwischenzeit herausgefunden, welche fatalen Folgen das Fehlen einer positiven Mitarbeit der Arbeiter in der Industrie haben kann. Darum sucht man heute z. B. auch in Großbritannien nach neuen Methoden und neuen Wegen.

Die Nationalisierung ist nur ein vorbereitender Schritt. Das haben die Jugoslawen begriffen. Sie kamen zu dem Schluß, daß einer Verstaatlichung die Übernahme der Fabriken durch jene Arbeiter folgen muß, die in ihnen arbeiten. Es genügt nicht, daß der Staat der offizielle Eigentümer wird und bleibt. Eine neue Gefahr erhebt sich: die Gefahr der Bürokratie, die die Industrie leitet und die sich von der Masse der Bevölkerung immer mehr entfernt. Im Jahre 1950 wurde daher ein Gesetz eingebracht, durch das den Arbeitern die Leitung ihrer Unternehmen übertragen wurde. Die Arbeiter sind jetzt für diese Betriebe verantwortlich. Sie müssen sie so gut wie möglich leiten. Wenn sie Gewinne erzielen, erhalten sie entsprechende Anteile.

Es muß eine unerhört schwere Entscheidung gewesen sein, an die Lösung dieses Problems heranzugehen. Jugoslawien ist ein schlecht entwickeltes, zurückgebliebenes Land, das jahrhundertlang von anderen Mächten beherrscht wurde. Die Industrie steckt in vielen Teilen des Landes noch in den Kinderschuhen. Es gibt keine industriellen Traditionen. Die meisten Arbeiter sind vom Lande in die Stadt gekommen; ihre Väter waren noch kleine Bauern. Fast immer ist ihnen das Fabrikleben völlig fremd. Die Jugoslawen wagten einen Sprung ins Unbekannte. Sie sind sich der Gefahren durchaus bewußt. Aber sie sind davon überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, das kulturelle Niveau der Arbeiter schnell zu heben. Sie möchten vor allen Dingen nicht in die gleichen Fehler verfallen, die sie bei ihren früheren Alliierten beobachtet haben. Sie haben erfahren, was Bürokratie bedeutet und haben eine tödliche Angst vor ihrer Umklammerung. Sie sind daher bereit, ihre Freiheit auch mit einem niedrigeren Lebensstandard in den nächsten Jahren zu bezahlen.

Arbeiterräte

Die höchste Autorität in den Fabriken liegt bei den *Arbeiterräten*. Diese Räte dürfen nicht mit den Betriebsräten in deutschen Fabriken verwechselt werden. Ihr Tätigkeitsgebiet ist viel umfangreicher. Sie entscheiden über die gesamte Politik der Unternehmen, indem sie die Produktionspläne festsetzen. Gemäß dem Gesetz hat der Arbeiterrat folgende Pflichten und Rechte: „Der Arbeiterrat des Betriebes genehmigt die Grundpläne und die Endabrechnung des Betriebes; er faßt Beschlüsse über die Leitung des Betriebes und die Durchführung des Wirtschaftsplanes; er wählt, entlastet und löst den Verwaltungsausschuß des Betriebes oder einen seiner Mitarbeiter ab; er erläßt die Betriebsordnung unter Bestätigung des Verwaltungsausschusses, des höheren Wirtschaftsverbandes bzw. des zuständigen Staatsorgans; er bespricht die Arbeitsberichte der Verwaltungsausschüsse und faßt Beschlüsse über die Genehmigung der Arbeit dieser Ausschüsse; er behandelt die einzelnen Maßnahmen des Verwaltungsausschusses und faßt seine Beschlüsse über sie; er führt die Verteilung des Anteils an die Akkumulation durch, die dem Betrieb bzw. dem Arbeitskollektiv zur Verfügung bleibt.“

Der Arbeiterrat wird für ein Jahr von allen Betriebsangehörigen gewählt. Alle Arbeiter, Männer und Frauen, die das 18. Lebensjahr überschritten haben, besitzen das aktive und passive Wahlrecht. Die Kandidaten werden in einer allgemeinen Versammlung aufgestellt. Nach Möglichkeit soll jede Abteilung des Betriebes im Arbeiterrat vertreten sein. Jeder Wähler kann den Namen anderer Kandidaten auf die Stimmzettel schreiben. Die Wahl ist geheim. Die Versammlungen des Arbeiterrates finden mindestens jede 6. Woche statt und können von allen Belegschaftsmitgliedern besucht werden. Jeder hat das Recht, sich an den Beratungen zu beteiligen. Abstimmen dürfen aber nur die gewählten Mitglieder des Rates. Von diesem Recht machen die Arbeiter regen Gebrauch. Sie scheuen sich auch nicht, Kritik an den Direktoren und der technischen Betriebsleitung wie auch am Arbeiterrat selbst zu üben, wenn dies notwendig erscheint.

Der Leitungsausschuß

Der Arbeiterrat ist zu groß und daher zu schwerfällig, um sich mit den von Tag zu Tag anfallenden Aufgaben einer modernen Fabrik auseinanderzusetzen. Aus diesem Grunde muß ein kleineres Gremium geschaffen werden. Dieser *Verwaltungs- oder Leitungsausschuß* setzt sich aus drei bis elf Mitgliedern zusammen. Er zergliedert den Gesamtplan in monatliche Pläne und kontrolliert die Tätigkeit der Betriebsleitung. Seine Pflicht ist es, die Arbeit im Betrieb zu leiten und für eine gute Arbeitsdisziplin zu sorgen. Die führenden Angestellten des Betriebes werden von diesem Ausschuß gewählt. Er entscheidet über alle Fragen der Produktivität, der Modernisierung, der Verbesserung der Qualität, sorgt für einen guten Ausstoß, versucht die Kosten der Produktion herunterzudrücken, kurz, der Verwaltungsausschuß ist für die Erfüllung der Planung und eine zielbewußte und erfolgreiche Führung des Betriebes verantwortlich.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses werden vom Arbeiterrat gewählt, brauchen diesem aber nicht anzugehören. 75 vH der Mitglieder müssen Arbeiter und im Betrieb tätig sein. Sie sind für die Zeit ihrer Mitgliedschaft von ihrer Arbeit nicht freigestellt. Werden sie zur Sitzung des Verwaltungsausschusses herangezogen und findet diese Sitzung während ihrer Arbeitszeit statt, dann wird ihnen der Lohnausfall ersetzt. Zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsausschusses sollen jedes Jahr zurücktreten und neuen Kandidaten Platz machen. Niemand darf mehr als zwei Jahre hintereinander im Ausschuß sitzen. Wenn mit dieser Regelung auch beträchtliche Nachteile in Kauf genommen werden müssen, so verraten diese Anordnungen doch die große Furcht, die man von einer Wiedergeburt der Bürokratie hat. Die Mitglieder

GEHT JUGOSLAWIEN EINEN NEUEN WEG?

des Verwaltungsausschusses sollen auf keinen Fall den Kern eines neuen bürokratischen Apparats bilden. Überdies sollen alle Arbeiter so bald wie möglich in die Lage versetzt werden, die Kompliziertheit der modernen Industrieunternehmung kennenzulernen. Der Arbeiter soll begreifen, daß seine Arbeit, so klein und unbedeutend sie ihm auch erscheinen mag, trotzdem ein wesentlicher Teil des Ganzen ist. So soll ihm klargemacht werden, daß jeder Arbeiter etwas zum Erfolg des Betriebes und der gesamten Industrie beiträgt. Die Betriebsleitung soll nicht mehr eine Institution sein, die sich von der Arbeiterschaft unterscheidet.

Die Direktoren

Die *Direktoren* wurden bis zum letzten Jahr vom Staat ernannt und praktisch als Diktatoren im Betrieb eingesetzt. Dieses System war von den Russen übernommen worden. Das neue Gesetz fordert, daß der Direktor vom Leitungsausschuß jedes Unternehmens zu wählen und einzusetzen ist. Der Direktor ist den Arbeitern für die Produktion der Fabrik verantwortlich. Er kann abberufen und ersetzt werden, wenn er seine Arbeit nicht zufriedenstellend leistet. Während des Produktionsprozesses aber hat er Kommandogewalt. Er hat die Pflicht, Befehle zu erteilen, soweit dies im Interesse der Gemeinschaft liegt. In solchen Fällen müssen die Mitglieder des Verwaltungsausschusses den Anordnungen genau so Folge leisten wie jeder andere Arbeiter.

Man kann den Direktor von heute einem Beamten gleichsetzen, dessen Aufgabe es ist, bestimmte festumrissene Pflichten zu erfüllen. Er muß sich jederzeit für seine Anordnungen und Handlungen verantworten. Was aber den Ausschlag gibt, ist das Resultat und die Art und Weise seiner Arbeit. Die Arbeiter können sehr leicht seine Tätigkeit an den Ergebnissen kontrollieren, die sich in der Bilanz des Unternehmens widerspiegeln. Jedes Unternehmen kann die Höhe der Gehälter, das es seinen leitenden Angestellten zu zahlen bereit ist, selbst regeln. Deshalb findet man hier auch beträchtliche Unterschiede von Fabrik zu Fabrik. Es ist bekannt, daß in einigen Fällen die Landesgewerkschaft glaubte, sich einschalten zu müssen, weil das Gehalt eines Direktors zu hoch war. Diese Einmischung wurde von einigen Belegschaften zurückgewiesen, wobei die Arbeiter behaupteten, daß sie genau wüßten, was ihr Direktor wert sei.

Es bestehen natürlich noch viele Schwierigkeiten. Mancher Direktor fühlt sich zurückgesetzt, weil er gewohnt ist, Macht auszuüben. Andere wiederum sind sehr froh über den Wechsel. Die Verantwortung lastet nicht mehr so schwer auf ihren Schultern wie vorher, da sie sie mit dem Leitungsausschuß und dem Arbeiterrat teilen können. In vielen Fabriken ist die Verständigung zwischen Direktoren und Arbeitern ausgezeichnet.

Die Gewerkschaften in der Fabrik

Die jugoslawischen Gewerkschaften stießen auf große Widerstände, als sie versuchten, Verbindung mit der westlichen Gewerkschaftsbewegung aufzunehmen. Die Gewerkschaften des Westens, besonders die AFL, wollten nicht recht daran glauben, daß es in Jugoslawien echte Gewerkschaften gebe. Sie wiesen auf die russischen Gewerkschaften hin, die nichts anderes als Diener der herrschenden Staatsbürokratie sind. Das trifft für die jugoslawischen Gewerkschaften aber nicht zu.

Die Gewerkschaften in Jugoslawien haben als Organisationsbasis den Betrieb. Alle Arbeiter, ob Männer oder Frauen, können der Gewerkschaft beitreten. Ein Zwang wird dabei nicht ausgeübt. Zwischen 80 und 95 vH der Arbeiter sind organisiert. Das Verhältnis wechselt je nach Industrie. Die Arbeiter wählen ihre Funktionäre selbst. Sie können ihr Wahlrecht ausüben, sobald sie 18 Jahre alt geworden sind. Die Betriebsgewerkschaft schließt Arbeits- und Tarifverträge mit dem Arbeiterrat, die sich auf

Lohn, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit usw. erstrecken. Die Betriebsgewerkschaft hat infolgedessen die gleichen Pflichten und Rechte, wie wir sie bei den Gewerkschaften in anderen Ländern antreffen.

Es ergibt sich nunmehr die eigenartige Situation, daß die Arbeiter einer Fabrik über den Arbeiterrat einen Vertrag mit sich selbst schließen. Der Betriebsgewerkschaft gehören praktisch die gleichen Leute an, die auch der Arbeiterrat vertritt. Das gewohnte Bild, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Partner gegenüberstehen, ist verschwunden. Darf man von einem echten Vertrag sprechen, wenn die beiden Partner die gleichen Personen sind? Wer wird bei diesem Manöver betrogen, und wer ist der Betrüger? Das sind berechnete Fragen. Man neigt zu solchem Mißtrauen, wenn man sich daran erinnert, was man über die Bedingungen in Rußland und seinen Satellitenstaaten gehört hat.

Es mag viele überraschen, daß die Gewerkschaften in Jugoslawien trotz allem echte Gewerkschaften sind. Die Verträge, die sie mit den Arbeiterräten abschließen, stehen nicht nur auf dem Papier. Die Differenzen zwischen beiden Körperschaften in einer Fabrik sind wirklichkeitsnah und führen nicht selten zu harten Auseinandersetzungen. Solche Konflikte können u. a. hervorgerufen werden durch Versuche des Arbeiterrates, das Interesse des Betriebes als ganzen gegenüber den Rechten eines oder mehrerer Arbeiter zu wahren. Da hat sich z. B. in einer Fabrik herausgestellt, daß man eine gründliche Rationalisierung durchführen muß, um im Wettbewerb mit einer anderen Fabrik bestehen zu können. Die Preise müssen herabgesetzt werden, wenn die Waren, die die Fabrik herstellt, abgesetzt werden sollen. Nach einer gründlichen Untersuchung kommt man zu dem Schluß, daß die Belegschaft der Fabrik zu groß ist. Es wird beschlossen, einige Arbeiter zu entlassen. Welchen Arbeitern soll jetzt gekündigt werden? Der Direktor, der Leitungsausschuß und der Arbeiterrat werden ganz automatisch vom Gesichtspunkt der Produktivität und Leistungsfähigkeit ausgehen. Sie werden daher die Entlassung der weniger leistungsfähigen Arbeiter vorschlagen. Die Aufgabe der Gewerkschaft ist es aber, die sozial Schwächeren zu schützen. Sie wird also ganz automatisch in einen Gegensatz zum Arbeiterrat kommen, was in der Tat sehr häufig der Fall ist.

Die jugoslawischen Gewerkschaften sind Industriegewerkschaften. Die Höhe der Beiträge liegt im Durchschnitt bei 1 vH des Monatseinkommens. Abgesehen von dem Schutz, den die Gewerkschaften bei ungerechter Behandlung im Betrieb gewähren, unterstützen sie ihre Mitglieder auch, wenn Schwierigkeiten oder Sorgen in der Familie auftreten. Um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, während ihrer Ferien größere Reisen zu unternehmen, bezahlt die Gewerkschaft 92 vH der Fahrtkosten. Die Arbeiter haben einen Anspruch auf Urlaub, der in der Regel zwei bis drei Wochen dauert. Doch gibt es auch Fälle, wo ein längerer Urlaub gewährt wird. Viele Gewerkschaften haben ihre eigenen Erholungsheime, in denen die Aufenthaltssätze sehr niedrig sind.

Eine unangenehme Erscheinung im Industrielieben Jugoslawiens ist die Nachtarbeit der Frauen. Der Kampf dagegen hat noch zu keinem wesentlichen Erfolg geführt. In der Theorie erkennen die Jugoslawen das internationale Abkommen über Nachtarbeit der Frauen grundsätzlich an. Aber sie klagen darüber, daß es den Fabriken bisher noch nicht möglich geworden ist, ohne die Nachtarbeit von Frauen und Mädchen auszukommen. Sie hoffen, daß sie bald in der Lage sein werden, sich den allgemeinen Bestimmungen unterzuordnen. Vorläufig mangelt es noch an gelernten und angelernten Arbeitern. Die Notwendigkeit, eine große Armee unter Waffen zu halten, zwingt sie einfach, gegen jenes Abkommen und gegen ihre eigene Überzeugung zu handeln. Die schwangere Frau und stillende Mutter dagegen erfahren jede mögliche Rücksichtnahme. Acht Monate nach der Entbindung darf die Frau nur vier Stunden am Tage arbeiten,

GEHT JUGOSLAWIEN EINEN NEUEN WEG?

bekommt aber den Lohn für acht Stunden. Sehr viel wird für die Kinder getan. Viele Fabriken haben Krippen und Kindergärten errichtet. Der Staat zahlt der Familie eine Kinderhilfe von 3000 Dinar monatlich für jedes Kind. Die Unterhaltskosten für Kinder in Krippen und Kindergärten sind durchweg niedriger, so daß jede Mutter in der Lage ist, ihre Kinder der Obhut eines Heimes zu übergeben, während sie ihrer Arbeit nachgeht.

Wie steht es um den Streik?

Es ist schon erwähnt worden, daß es den jugoslawischen Gewerkschaften bisher nicht gelungen ist, alle Mitglieder des IBFG zu überzeugen, daß es sich bei ihnen um echte Gewerkschaften handelt. Einer der Vorwürfe, der gegen sie erhoben wird, bezieht sich auf das Fehlen der Streikwaffe, die als Grundbedingung jeder Gewerkschaftstätigkeit betrachtet wird. Der Streik ist ein Recht, auf das die Arbeiter Anspruch erheben. Dieses Recht ist heute allgemein anerkannt. Aber Rechte und Vorrechte unterliegen dem Wandel der Zeit. Sie können überflüssig werden und aus der Mode kommen, wenn die grundlegenden Bedingungen sich radikal geändert haben. Der Streik als eine wirtschaftliche Waffe ist in Jugoslawien überholt. Nicht etwa, weil er durch Gesetz verboten worden ist. Er ist veraltet. Wenn die Arbeiter glauben, daß der Leitungsausschuß, der Arbeiterrat oder die Direktoren nichts taugen, haben sie ja die Möglichkeit, diese zu jeder Zeit zu ersetzen. Es steht ihnen frei, solche Menschen zu wählen, die ihnen bessere Bedingungen gewähren oder höhere Löhne zahlen, soweit dies überhaupt möglich ist. Unter diesen neuen Bedingungen hat der Streik seine Funktion als Waffe der Gewerkschaft verloren. Natürlich können die Streiks noch als politische Waffe benutzt werden, aber das steht auf einem anderen Blatt und interessiert uns hier nicht.

Während einer Studienreise durch Jugoslawien hatten wir Gelegenheit, Fabriken zu besichtigen, die seit einem Jahr unter dem oben beschriebenen System gearbeitet hatten. Für den, der sie sehen wollte, gab es eine Menge Schwierigkeiten, die sich nachteilig auswirkten. Man kann Menschen nicht von einem Jahr zum anderen vollkommen ändern. Sie können nicht in einer so kurzen Zeit zu Fachleuten gemacht werden. Die Vergangenheit läßt sich nicht leicht abschütteln und bestimmt immer noch den Charakter der Industrie und des Wirtschaftslebens des Landes. Es gibt noch Direktoren, die als Diktatoren auftreten wollen. Die Arbeiter sind oft engstirnig. Die Qualität der Güter ist in vielen Fällen außerordentlich schlecht. Die Frauen müssen unter Bedingungen arbeiten, die bei uns unmöglich wären. Aber trotz dieser Mißstände funktioniert das neue System. Es arbeitet langsam, unter Schwierigkeiten, aber es arbeitet. Wenn man durch die Fabriken geht, fühlt man die Atmosphäre der Freiheit, das Fehlen jener Furcht, die man in vielen Betrieben findet, in denen die Arbeiter stets von der Entlassung bedroht sind. Keiner arbeitet härter oder schneller, weil gerade der „Chef“ vorbeigeht, und niemand erwartet es von ihm.

Wir hatten vielfach Gelegenheit, uns mit Funktionären und Arbeitern zu unterhalten. Dabei entstand niemals der Eindruck, daß man jenen Typ von Kommunisten vor sich hatte, der blind an das glaubt, was die Parteilinie vorschreibt. Die Jugoslawen sind Sozialisten. Sie haben erfahren, was Tyrannei und Bürokratie bedeutet und arbeiten fieberhaft daran, Demokratie und Sozialismus aufzubauen. Wir mögen mit vielen ihrer Methoden nicht übereinstimmen. Doch sollten wir bereit sein, die dortige Entwicklung als *eine von mehreren Möglichkeiten* zu sehen, neue Lebens- und Wirtschaftsformen zu schaffen.